

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungsamt für das Erzgebirge
Postfach Nr. 1000

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 290

Sonnabend, den 13. Dezember 1924

19. Jahrgang

Zentrum und Bürgerblock.

Dr. Marx lehnt die Bildung eines Bürgerblockkabinetts ab.

Dr. Marx über die Haltung des Zentrums.

Berlin, 11. Dez. Vor Vertretern der Presse sprach heute der Reichskanzler Marx über die parlamentarische Lage aus. Das Wahlergebnis habe nach der bisherigen Politik der Mitte gebildet. Auf Grund des Wahlergebnisses hätte der Versuch zur Schaffung der großen Koalition am nächsten gelegen. Durch den Beschluß der Volkspartei, der auch diesmal wieder ohne vorausgegangene Fühlung mit den anderen Parteien erfolgt sei, werde allerdings eine neue Lage geschaffen. Die Deutsche Volkspartei sei entschlossen, auch ohne Demokraten einen Bürgerblock zu bilden.

Er wolle die Bildung eines rechtsgerichteten Kabinetts auf keinen Fall übernehmen.

Er würde daher den Auftrag zu einer solchen Kabinettsbildung des Reichspräsidenten nicht annehmen können. Auf die Frage, ob das Zentrum eine Rechtsregierung unterstützen würde, erklärte der Kanzler u. a., für das Zentrum dürften stets lediglich sachliche Gründe in der Frage der Koalitionsbildung entscheidend sein, und jede Unterstützung der bisherigen Außenpolitik, komme sie von rechts oder links, sei willkommen, sofern Gewähr für die Beibehaltung des außenpolitischen Kurses gegeben sei.

Auf dem Wege zum Bürgerblock.

Der vom Reichstagnett beschlossene Rücktritt ist der erste Schritt auf dem Wege zum Bürgerblock. Es dürfte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Beschluß des Kabinetts vom Mittwoch auf den Reichsaussenminister Stresemann zurückzuführen ist, der sich mit der Hoffnung trägt, das Amt des Reichskanzlers wieder zu übernehmen. Stresemann war der Reichskanzler der großen Koalition, er wird nun der Reichskanzler des Bürgerblocks werden, das zeigt uns den Mann und sein Werk. Dieser Kabinettsbeschluß bedeutet aber mehr, er läßt erkennen, daß Marx, selbst wenn das Zentrum den Bürgerblock mitmachen oder bilden sollte, nicht geneigt ist, seinen guten politischen Namen für diese politische Ehe herzugeben. Daß ein anderer Zentrumsmann Marx beerben wird, kann nicht erwartet werden, denn von führender Zentrumseite ist erklärt worden, daß das Zentrum sich an einem Bürgerblock führend nicht beteiligen würde. Die Taktiker des Zentrums haben immer ein gutes Gefühl für die politische Lage gehabt und sie sehen auch jetzt eine Entwicklung, die zum schlimmen Ende führt und die sie deshalb auf Weisheit und Verstand nicht mitmachen wollen. Schon jetzt, ehe ein Beschluß der Zentrumsfraktion vorliegt, zeigt sich das Verhalten des Zentrums, Auswege offen zu halten. Wenn die Deutschnationalen jetzt so sehr ihr Ziel, an die Herrschaft zu gelangen, erreichen wollen und wenn sie deshalb drängen und drängeln, so wird es hoffentlich nach den Worten der Bibel gehen: Was du tun willst, tue bald. Man verzichtet ja freudigen Herzens auf die Demokraten. Nun denn, so soll man sie auch recht bald und vor dem 10. Januar von der Verantwortung entlasten, damit der Bürgerblock von Anfang an Gelegenheit bekommt, Proben seines Könnens abzulegen.

Indessen eins muß festgehalten werden: das, was jetzt mit Hilfe der deutschnationalen Presse geschieht, ist eine geradezu ungeheuerliche Verfälschung des Wahlergebnisses vom 7. Dezember. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen nicht halbiert sind, wie es ihrer Halb- und Halb-Politik nach von rechts wegen hätte geschehen müssen, ist ihnen selbst überraschend gekommen. Das schlechte Gewissen, das sie aus guten Gründen hatten, meldete sich vor dem 7. Dezember bei ihnen, und die Deutschnationalen sahen mehr als schwarz. Der Gesinnungsprozess des deutschen Volkes war aber so schnell nicht vollends zu bewerkstelligen, die Giftkeime, die die Deutschnationalen seit fünf Jahren in das deutsche Volk gelegt hatten, waren so schnell nicht zu beseitigen. Jetzt letzten dieselben Deutschnationalen aus der Tatsache, daß sie am 7. Dezember einen Teil der politischen Stimmen aufgenommen haben, die Folgerung ab, daß sie in eine Regierung des Bürgerblocks müßten. Freudestrahlend erzählen sie immer und immer wieder, daß jetzt ein Bürgerblock ohne Demokraten möglich sei, und dabei erzählen sie ihren leichtgläubigen Anhängern, die Wahlen hätten denen, die gegen einen Bürgerblock waren Unrecht gegeben, deshalb müsse jetzt der Bürgerblock kommen. Die Demokraten haben sich gegen den Bürgerblock gewandt, aber sie haben, das muß auch einmal im Interesse der historischen Wahrheit betont werden, sich

Der Kanzler schloß mit dem Hinweis auf den einstimmigen Beschluß des Reichsparteitages des Zentrums, in welchem der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß der „bewährten Politik der Mitte“ auch im zukünftigen Reichstag Geltung und Führung verschafft werde. Dieser Beschluß sei auch heute noch bindend.

Rücktritt des Reichskabinetts nächste Woche.

Berlin, 11. Dezember. Reichskanzler Marx hat heute vormittag um 10 Uhr den Reichspräsidenten Ebert aufgesucht und ihm über den Verlauf des gestern abend abgehaltenen Kabinettsrates Bericht erstattet. Da der Beschluß des Reichskabinetts auf Gesamtdemission feststeht, handelte es sich in der Besprechung darum, wann der Rücktritt erfolgen könnte. Dieser Termin hängt davon ab, wann die Fraktionen spätestens in Berlin sein können. Man nimmt an, daß dies zu Beginn der nächsten Woche der Fall sein wird.

Das Reichskabinettsrat trat gestern nachmittags fünf Uhr, wie angekündigt, zu einer neuen Sitzung zusammen. Der Reichskanzler Marx erstattete zunächst den Bericht über seinen Besuch beim Reichspräsidenten. Die Sitzung dauerte bis in die späten Abendstunden hinein, da noch einmal die politische Lage eingehend durchgesprochen wurde. Hierbei kam zum Ausdruck, daß die Schwierigkeiten der künftigen Regierungsbildung darin zu suchen sind, daß, wie bisher die Deutsche Volkspartei die große Koalition nunmehr das Zentrum den Bürgerblock ablehnen scheint.

niemals grundsätzlich gegen die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung ausgesprochen. Sie haben vor allem im Interesse der bisherigen Außenpolitik den Bürgerblock abgelehnt und die Wähler haben ihnen recht gegeben. Der Zwang zur Außenpolitik besteht auch nach dem 7. Dezember noch und die Herren, die sich jetzt zur Gründung des Bürgerblocks anstellen, werden sehr bald einsehen müssen, daß sie gegen den Willen des Volkes nicht regieren können. Das Volk hat sich klar und eindeutig für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik entschieden. Die Gefahren dieses Bürgerblocks liegen offen zutage. Dieser Bürgerblock ist keine Vernunftstunde und keine Liebesheirat. Es wird sich sehr bald zeigen, wer bei dieser Ehe betrügt, und wer betrogen wird. Wem indessen nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen, also: Glückauf zum Bürgerblock, Herr Reichskanzler Stresemann. Bei Philippi sehen wir uns wieder!

Berlin, 12. Dez. Nach Wittermeldungen wird der Reichskanzler heute vormittag die Führer der Koalitionsparteien und am Nachmittag die Führer der Deutschnationalen Volkspartei empfangen. Für Sonnabend ist eine Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern vorgesehen.

Berlin, 12. Dez. Wie die „Germania“ mitteilt, steht entgegen anderslautenden Meldungen der Termin des Zusammentritts der Reichstagsfraktion des Zentrums noch nicht fest. Wahrscheinlich wird aber die Fraktion am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche eine Sitzung abhalten.

Die französischen Nationalisten wünschen den Bürgerblock.

Paris, 11. Dez. Die heutige Presse beschränkt sich auf kurze Kommentare zu der amtlichen Meldung über den gestrigen Ministerrat in Berlin. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß der Beschluß des Kabinetts zu demissionieren, auf die Haltung Stresemanns zurückzuführen sei, der sich geweigert habe, mit den Sozialdemokraten in der Regierung zusammen zu arbeiten. Die Meinung der Presse über die künftige Gestaltung der deutschen Regierung ist nicht einheitlich. Aus der nationalistischen Presse geht jedenfalls hervor, daß man eine Regierung des Bürgerblocks in den Kreisen der französischen Nationalisten sehr begrüßen würde, da man sich davon als Rückwirkung eine Erschlüchterung der Stellung Herriots verspricht.

Die Räumung der Kölner Zone.

London, 11. Dezember. Im Unterhaus erklärte Baldwin, die Pressemeldungen, nach denen England auf unbestimmte Zeit in der Kölner Zone verbleiben würde, seien völlig aus der Luft gegriffen und entbehren jeder Grundlage. Auch die Baldwin'sche Erklärung ist nicht eindeutig. Davon, daß England auf unbestimmte Zeit in der Kölner Zone bleiben würde, war auch in der Reuter-Meldung nicht die Rede. Das einzig klare Dementi der Reuter-Meldung kam nur lauten: „England räumt am 10. Januar die Kölner Zone.“ Diese Erklärung hat Baldwin nicht abgegeben.

Der Prozeß des Reichspräsidenten.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Man könnte diese Zeilen auch überschreiben: Der Prozeß gegen den Reichspräsidenten, denn nach dem Willen der deutschnationalen Drahtzieher, die hinter dem wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ebert angeklagten Redakteur Rothardt von der „Mitteleuropäischen Presse“ stehen und diesem das Material geliefert haben, soll dieser Prozeß den Reichspräsidenten Ebert moralisch und politisch unbeschädigt machen und ihn dadurch zum sofortigen Rücktritt zwingen. Worum handelt es sich formell in diesem Verfahren, das gegenwärtig vor dem Magdeburger Schöffengericht schwebt? Rothardt hatte sich in seinem Blatt die Vorwürfe zu eigen gemacht, die schon früher der ehemalige böhmische Reichstagsabgeordnete Gansser gegen den Reichspräsidenten erhoben hatte. Diese Anschuldigungen gingen dahin, daß Reichspräsident Ebert im Jahre 1918 eine fälschliche Welle in dem Streik der Munitionsarbeiter geschickt und dadurch Landesverrat verübt habe. Herr Rothardt ist nun zwar recht wenig besorgt, gegen einen Mann wie den Reichspräsidenten derartige Vorwürfe zu erheben, den noch vor kurzem der Reichskanzler Marx in verschiedenen Reden gegen die Anwürfe der Rechten in Schutz genommen hat. Auch Reichswehrminister Gessler hat bekanntlich in seiner Reichstagsrede betont, welches Bild es für das deutsche Volk bedeute, daß in schwerer Zeit ein so vornehmer, ruhiger und durch und durch national gesinnter Mann an der Spitze des Reiches stehe, der unbestimmt um der Parteien Haß und Genuß seinen Weg gehe, und der es bereinst nicht nötig haben werde, dieleibige Verteidigungsschriften in eigener Sache zu veröffentlichen. Der 28-jährige Herr Rothardt hingegen ist bereits mehrfach wegen Pressevergehen, Gotteslästerung und verbotenen Handels mit Gold verurteilt. Es kennzeichnet die patentierten Hüter der „nationalen und christlichen Belange“, daß sie sich eines solchen Menschen als Werkzeug bedienen.

Um die Vorgänge jener bewegten Zeit, die den Gegenstand des Prozesses bilden, richtig zu würdigen, muß man sich den geschichtlichen Hintergrund, vor dem sie sich abspielten, vor Augen führen. Der Friede von Brest-Litovsk war abgeschlossen, zwar nicht ein Gewaltfrieden, wie später der in Versailles Deutschland auferlegte, aber doch ein Friede, der dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes, das von Unregierten nichts wissen wollte, nicht entsprach. Aber die bessere Einsicht verantwortungsbewusster Persönlichkeiten hatte auch hier wieder kurzfristiger Egoismus und ehrsüchtige Interessenpolitik gewisser Kreise gesteuert. Und nun spielte sich in Berlin und im Großen Hauptquartier hinter den Kulissen, dem Volke aber doch durch die verschiedensten Randle bekannt geworden, jenes unwürdige, ja schmachvolle Schauspiel ab, daß die verschiedenen Dynastien Deutschlands und Oesterreichs miteinander darum wankten, wer die Krone von Polen, wer den Fürstentum von Litauen, von Kurland, von Finnland erhalten sollte. Während an der Front jeden Tag tausend der besten deutschen Männer ihr Leben lassen mußten und abertausende zu Strümpeln geschossen wurden, während in der Heimat das Volk unsägliche Entbehrungen erdulden mußte, hatten die bössischen Kreise nichts Besseres zu tun, als um Throne und Thronen zu fristigieren. Es war die Zeit, nachdem der Friedensbeschluss des Reichstages durch das „wie ich sie aufsehe“ des Reichskanzlers Michaelis jeder Wert genommen worden war. Damals ging eine große Beunruhigung durch die Massen, in denen sich der Glaube immer härter einnistete, daß sie für Ziele mißbraucht würden, die ihnen fremd und gleichgültig waren. Diese Stimmung benutzte die Unabhängige Sozialdemokratie, die sich in den Betriebsräten ein gutes Werkzeug geschaffen und die Mehrheitssozialdemokratie in den wichtigsten Industriezentren in die Minderheit gedrängt hatte, um im Januar 1918 einen Streik der Munitionsarbeiter zu entfachen. Als Forderung der Streikenden wurden neben besserer Ernährung verschiedene politische Forderungen, insbesondere ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen aufgestellt.

Die Sozialdemokratie ist damals, das steht schon heute einwandfrei fest, durch diesen Streik der Unabhängigen vollkommen überrascht worden. Es hat den Streik aufs schärfste mißbilligt, denn ihre ganze Politik ging ja darauf hinaus, die Landesverteidigung nach Kräften zu fördern und sie ist ja deswegen von den Unabhängigen und von ihren ausländischen Genossen aufs heftigste angefeindet und als „sozialparteilich“ und „arbeiterfeindlich“ bekämpft worden. An aber die mehrheitssozialistischen Arbeiter von der böhmisch-österreichischen Streikwelle mit erfasst worden waren, hielten die Parteiführer es für ein Gebot politischer Klugheit, dem dem Streik einmal auszuweichen war, mit in die Streikleitung einzutreten, um die Massen, die ihnen